

Frieden und Freiheit

Aktionsvorschläge der Frauenvereinigung der CDU

Soll eine Diskussion zu einem Ziel führen, dann muß sie sachgerecht geführt werden; nur rational sachliche Informationen, d. h. Fakten und allein rationale Überlegungen sind angebracht. Durch emotional geführte Diskussionen und Parolen können Zukunftsträume der Wirklichkeit nicht näher gebracht werden.

Frieden: ja! — Waffen: nein! — das ist keine sachgerechte Lösung. Nur der Wunsch nach Frieden schafft noch keinen Frieden. Die CDU will mit ihrer Politik den Frieden sichern. Es ist ebenso falsch wie infam, der CDU zu unterstellen, sie sei ein Kriegstreiber. Aber: Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Die CDU versteht unter Frieden ein Leben in Freiheit. Für einen solchen Frieden muß gearbeitet werden. Dafür setzt sich die CDU ein.

Frieden in der Welt schaffen

Nicht nur unsere eigene Freiheit, sondern auch die der anderen gilt es zu sichern. Die Erlangung und Erhaltung des Weltfriedens erfordert internationale Solidarität. Daher ist der Abbau vor allem auch der Ungerechtigkeit in der Dritten Welt erforderlich.

Die CDU setzt sich aus diesem Grund verstärkt für Freiheit und Menschenrechte in den Entwicklungsländern ein; denn auf sozialer Ungerechtigkeit läßt sich der Frieden in der Welt nicht aufbauen.

Zur Sicherung eines solchen Einsatzes für die soziale Entwicklung sind Freiheit und Menschenrechte im eigenen Lande Voraussetzung. Um sie nicht in Frage zu stellen, muß eine politische Abhängigkeit von anderen Mächten, vor allem

von der Sowjetunion, vermieden werden.

Die andauernden expansiven Aktivitäten der UdSSR (jüngstes Beispiel: Afghanistan) machen, bezogen auf unsere eigene Freiheit und Sicherheit, eine Bedrohung deutlich, die von dem sowjetischen Regime und seinem gesamten Verhalten ausgeht.

Aus diesem Grund ist verstärkt auch der Einsatz für die äußere Sicherheit zur Verhinderung eben einer solchen Abhängigkeit erforderlich.

„Gleichgewichtslage“ — Voraussetzung für eine Friedenssicherung

Solange zwischen zwei Seiten ein Ungleichgewicht besteht, ist eine Seite immer in der Gefahr, übergangen zu wer-

den. Daher gewährleistet nur der Gleichgewichtszustand für beide Seiten das gleiche Maß an Sicherheit. „Friedliche Koexistenz“, wie die Sowjetunion sie fordert, bedeutet zwar einen Verzicht auf den Einsatz von Waffen, nicht aber den Verzicht auf den Fortgang der Ost-West-Auseinandersetzung, insbesondere im ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Bereich. Solange dieser Konflikt andauert, sollte keine Seite die Übermacht haben.

Die militärische Überlegenheit der Sowjetunion läßt sich in der gegenwärtigen Situation eindeutig belegen.

Für den eurostrategischen Bereich hat der sozialdemokratische Verteidigungsminister Apel im Sommer 1981 festgestellt, daß die Überlegenheit der Sowjetunion in einzelnen Bereichen 8:1 beträgt.

Im übrigen kann auf das Jahrbuch „The Military Balance“ verwiesen werden, das als anerkannte Standardquelle gilt. Einige Auszüge sind in der Broschüre „Frieden und Freiheit — die Argumente der CDU zur aktuellen Friedensdiskussion“ abgedruckt.

Zur Erreichung eines Gleichgewichtszustandes gibt es verschiedene Möglichkeiten, daher auch der „Doppelbeschluß“ der NATO. Die Möglichkeit der Abrüstung auf seiten der Sowjetunion soll offengehalten werden; sie würde ein weiteres Nachrüsten der anderen Mächte unnötig machen.

Geht die Sowjetunion auf diesen im Dezemberbeschluß 1979 gemachten Vorschlag der NATO nicht ein, bleibt das Problem des Ungleichgewichtes bestehen.

Dieses Ungleichgewicht gilt es zu beiseitigen, da nur dann Frieden und Frei-

heit gesichert werden können. Solange die UdSSR nicht abrüstet, müssen wir, um ein hinreichendes Gleichgewicht wieder herzustellen, nachrüsten.

Es kommt darauf an, die andere Seite davor abzuschrecken, uns politisch oder militärisch zu erpressen. Daher dienen alle Verteidigungsmaßnahmen des Westens primär dem Zweck der Abschreckung zur Vermeidung einer kriegerischen Auseinandersetzung.

„Rüstungstechnik“ — Voraussetzung für eine militärische Gleichgewichtslage

Ist Nachrüstung erforderlich, dann kann die Frage der Rüstungstechnik nicht die entscheidende Rolle spielen.

Ob die Zerstörungskraft einer Atomwaffe primär aus Druck- oder Strahlenenergie besteht — das ist letztlich der einzige Unterschied zwischen bisherigen Atomwaffen und Neutronenwaffen —, kann nicht entscheidend sein. Ob herkömmliche Atombombe oder Neutronenwaffe: Bombe ist Bombe — Waffe ist Waffe, sie zerstören alle, ob durch Druck oder atomare Strahlung. Grausamkeit und Schrecken gehen von jeder Waffe aus, es lassen sich dabei keinerlei Abstufungen vornehmen.

„Rüstung“ — Wirtschaftszweig oder Notwendigkeit?

Zur Sicherstellung der Ausrüstung der Bundeswehr mit konventionellen Waffen muß ein Minimum an Fertigungskapazität in diesem Bereich aufrechterhalten werden.

Eine Rüstungsindustrie im engeren Sinne gibt es in der Bundesrepublik nicht, dies wird auch nicht angestrebt.

Deshalb ist die CDU auch gegen eine Steigerung des Rüstungsexportes, da keine größer werdende Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von Waffengeschäften eintreten darf.

Hieraus ergibt sich, daß Rüstungsproduktion kein Mittel zur Arbeitsplatzbeschaffung sein kann. Sie soll so klein wie möglich gehalten werden, so klein wie nötig zur Sicherung nationaler Interessen.

Auch für einen Christen besteht die Verpflichtung zur Sicherung des Friedens

Nicht nur der Staat ist zur Sicherung nationaler Interessen verpflichtet. Auch der Einsatz jedes Bürgers ist erforderlich. Verteidigung von Frieden und Freiheit ist die moralische Verpflichtung eines jeden einzelnen. Wenn nun aber in der heutigen Zeit zur Erhaltung des Friedens die Dokumentation des eigenen Willens und der eigenen Fähigkeit zur Verteidigung erforderlich ist, gehören dazu auch in Friedenszeiten Soldaten. Soldaten, die alleine durch ihre Existenz helfen sollen, den Weltfrieden zu sichern.

Diese Überlegungen sollten vor allem diejenigen unter uns überdenken, die, aus welchen Gründen auch immer, die allgemeine Wehrpflicht ablehnen.

Aus dieser Sicht gesehen kann auch, wenn man sich auf die Bergpredigt be ruft, für einen Christen in der heutigen Zeit nicht der Pazifismus die einzig vertretbare Lösung sein, denn das Gebot der Nächstenliebe verpflichtet uns gerade zur Sicherung der Freiheit und Unversehrtheit unserer Mitmenschen.

In unserer heutigen, von Aggressionsbereitschaft und Expansionswillen ge-

prägten Welt ist es leider unmöglich geworden, dieser aus der Bergpredigt entnommenen Aufforderung zur Nächstenliebe ohne Waffen nachzukommen.

Aktionen zum Thema Frieden und Freiheit

Nachstehend geben wir Ihnen Anregungen für verschiedene Aktionen. Zur Vorbereitung und Durchführung benutzen Sie bitte auch die Regiebücher aus der Serie zur Parteiarbeit, insbesondere Regiebuch 6: Pressearbeit, Regiebuch 7: Vorpolitische Raum und Regiebuch 12: CDU-Ideenbuch.

In den nächsten Wochen erhalten die Kreisvorsitzenden der Frauenvereinigung weitere Aktionsvorschläge und Hinweise vom Bundesvorstand.

● Rundtischgespräch

Mit Persönlichkeiten aus Ihrem Gebiet, wie beispielsweise Vertreter der Kirchen, Lehrer, Vertreter von Jugendverbänden, Volkshochschulen und Frauenverbänden, Politiker. Dabei sollte nicht ein Monolog, sondern ein Dialog mit einer anschließenden öffentlichen Diskussion geführt werden.

● Informationsstände

In Fußgängerzonen, in der Nähe von Großveranstaltungen und sonstigen belebten Plätzen zum Thema Frieden und Freiheit.

● Woche der CDU

In dieser Zeit Aktionen der CDU-Frauenvereinigung zum Thema Frieden und Freiheit.

● Flugblattaktionen

Mit den Argumenten der CDU.

● Pressearbeit der CDU

Mit Stellungnahmen und Argumentationen der CDU.

● Leserbriefe

werden von CDU-Mitgliedern in verschiedenen Zeitungen geschrieben. Dabei können falsche Behauptungen richtiggestellt werden.

● Gruppengespräche

Im vorpolitischen Raum, z. B. mit Lehrerinnen und Lehrern, in unterschiedlichen Verbänden.

● Materialien versenden

Broschüren und Stellungnahmen der CDU zu dem Thema Frieden und Freiheit werden an Multiplikatoren versandt.

● Diskussionen mit Jugendlichen

In Zusammenarbeit mit der Jungen Union.

● Flagge zeigen

Bei Veranstaltungen und Diskussionen von Gruppen der sogenannten „Friedensbewegung“ vertreten CDU-Mitglieder unsere Meinung. Sie zeigen ebenfalls die Argumente der CDU mit einer Flugblattaktion auf.

Materialien

Zum Thema Frieden und Freiheit und zur Außen- und Verteidigungspolitik liegen verschiedene Materialien der CDU vor. Diese sind gesammelt wiedergegeben in:

Zum-Thema-Broschüre: Für eine realistische Entspannungs- und Sicherheitspolitik

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro 100 Exemplare: 22,— DM
Bestell-Nr.: 5423

Argumentationskarte: Verteidigungspolitik

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro 100 Exemplare: 4,50 DM
Bestell-Nr.: 6823

Zum-Thema-Broschüre: Argumente zur aktuellen Friedenspolitik

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro 100 Exemplare: 40,— DM
Bestell-Nr.: 5254

Flugblatttext

Der Beschluß des Bundesausschusses vom 15. Juni 1981 „Für Frieden und Freiheit“ liegt den Kreisverbänden als „Zur-Sache“-Flugblatt vor. Außerdem ist der Text in der UiD-Dokumentation 20/1981 und in der Zum-Thema-Broschüre 5254 (siehe oben) wiedergegeben.

UiD-Veröffentlichungen

Zum Thema Frieden und Freiheit sind in den zurückliegenden UiD-Ausgaben verschiedene Beiträge erschienen, u. a. in 23/81: Die SPD und die „Deutsche Friedenspolitik 1981“.